

## **Postulat Freigabe von Gemeindedächern zur Vermietung zwecks Nutzung durch Photovoltaik-Anlagen**

### **Begehren**

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, welche Dächer von Gemeindegebäuden zur Vermietung freigegeben werden können, um darauf Photovoltaik-Anlagen zu erstellen. Die dafür geeigneten Dächer sollen zur Vermietung ausgeschrieben und günstig (maximal kostendeckend) vermietet werden.

### **Begründung**

Am 11. März 2012 haben die Aarauer Stimmberechtigten den Gegenvorschlag zur Initiative Energiestadt Aarau konkret („esak-Initiative“) angenommen. Die Gemeindeordnung verpflichtet die Stadt Aarau seither, erneuerbare Energiequellen zu fördern (§10b, a.) sowie den primärenergiebedingten Treibhausgasausstoss bis ins Jahr 2150 auf eine Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr zu senken (§10b, c.). Zudem gibt die Gemeindeordnung konkrete Zwischenziele in Form von Absenkpfeilen an. Bis im Jahr 2020 sollen gegenüber dem Jahr 2010 nur noch 80% nicht erneuerbare Energieträger verwendet werden (§10c).

Photovoltaikanlagen nutzen eine kostenfreie und unbegrenzt zur Verfügung stehende Energiequelle: die Sonne. Bei der Gewinnung von Solarstrom entstehen kaum CO<sub>2</sub>-Emissionen. Photovoltaik hat das grösste Zubaupotenzial aller erneuerbaren Stromquellen und ist deshalb erste Wahl beim Umstieg auf erneuerbare Stromproduktion. Die rasante Entwicklung im Bereich erneuerbare Energieproduktion lässt vermuten, dass in nächster Zeit noch effizientere Photovoltaikanlagen gebaut werden können und neue Speichermöglichkeiten auf den Markt kommen.

Um die in der Gemeindeordnung verankerten Ziele erreichen zu können, sollten auch Private, die keine eigene grosse Dachfläche besitzen (z.B. Mieterinnen und Mieter) in Photovoltaikanlagen investieren können. Eine Vermietung von Dachflächen von städtischen Liegenschaften (beispielsweise an Solargenossenschaften) ist deshalb wünschenswert. Die Stadt Aarau hätte dabei keinerlei Verantwortung gegenüber der Photovoltaikanlage. Die Kosten für die Installation, Betrieb, Wartung, Versicherung usw. würden vom Mieter getragen. Zugleich würde die Stadt aber trotzdem den Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Gemeindegebiet fördern.

19.3.2014

Gabriela Suter, SP

Alexander Umbricht, Grünliberale

Micha Siegrist, Grüne

Therese Dietiker, EVP

Ueli Hertig, pro aarau

Lukas Häusermann, CVP